



Berlin, 4. Dezember 2012

GdP zur Innenministerkonferenz:

## Demokraten dürfen sich in der Frage des NPD-Verbotes nicht aufspalten lassen

**Warnemünde/Berlin.** Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) hat die Innenminister und -senatoren der Länder und den Bundesinnenminister vor der am morgigen Mittwoch in Warnemünde beginnenden Innenministerkonferenz zu mehr Gelassenheit in der Frage eines NPD-Verbotsantrags geraten.

GdP-Bundesvorsitzender Bernhard Witthaut: „Demokraten dürfen sich nicht in Gegner und Befürworter eines NPD-Verbotsantrags vor dem Bundesverfassungsgericht aufspalten lassen. Schon die jetzige Diskussion verschafft dem relativ kleinen Häuflein verbohrrer Rechter mehr Aufmerksamkeit, als es verdient.“

Bei einem Scheitern des Verbotsantrages vor deutschen oder europäischen Gerichten gehe, so der GdP-Bundesvorsitzende, die Welt ebenso wenig unter, wie ein Verbot der NPD geeignet wäre, den Rechtsextremismus in Deutschland nachhaltig zu beseitigen.

Witthaut: „Ein Verbotsantrag ist ein wichtiges Signal aller Demokraten, dass sie radikales und extremistisches Gedankengut verabscheuen. Um diesem Gedankengut den Nährboden zu entziehen, ist aber praktische Politik und Überzeugungsarbeit nach wie vor dringend notwendig.“

Wenn sich der demokratische Rechtsstaat und seine Institutionen aus der Fläche und bestimmten sozialen Milieus immer mehr zurückzögen, so der GdP-Vorsitzende, dann bereiteten sie den Boden für eine rechtsextreme Subkultur, die sich in manchen Bereichen als Herrschaftsmacht selbst wahrnehme.

**Herausgeber:**

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand, Pressestelle

**Pressestelle:**

Rüdiger Holecek – Mobil: 01 72 – 7 12 15 99

Bundesgeschäftsstelle\_Berlin:

Stromstraße 4, 10555 Berlin

Telefon: (0 30) 39 99 21 (0) - 113/114/116/117

Telefax: (0 30) 39 99 21 - 190